

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 672.10 / 17.11.2010

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 9 – Medienkompetenz in der Informationsgesellschaft

Dazu sagt der medien- und netzpolitische Sprecher
von Bündnis 90/Die Grünen,

Thorsten Fürter:

So viel Medienkompetenz war noch nie

Die umfassende Antwort auf die Große Anfrage zeigt die Bandbreite des Angebots im Bereich Medienkompetenz.

Viele Verbände und Vereine haben Projekte entwickelt. Besonders hervorheben möchte ich die zahlreichen Angebote des Offenen Kanals, definitiv ein Leuchtturm in der Medienkompetenzlandschaft. Der Anteil der Projekte, die sich auf Internet, Handy, Web und Games beziehen, hat sich in den letzten Jahren immer mehr vergrößert und zeigt deutlich den Bedarf der Jugendlichen, aber auch der Eltern und LehrerInnen. Hier scheint es aber auf der schleswig-holsteinischen Landkarte noch weiße Flecken zu geben, denn diese Projekte können nicht in ganz Schleswig-Holstein stattfinden, sondern vor allem im Sendebereich.

Medienkompetenz ist eine – wenn nicht die – Schlüsselqualifikation im Informationszeitalter. In dem Maße, in dem Medien für das Leben und das Zusammenleben der Menschen wichtiger werden, ist natürlich auch die Medienkompetenz der gesamten Gesellschaft gewachsen. Es wäre ein völliges Zerrbild, wollten wir den Eindruck erwecken, dass die BürgerInnengesellschaft im Wesentlichen hilflos und dumm vor den Medienangeboten sitzt. Das Gegenteil ist richtig: So viel Medienkompetenz wie heute war noch nie. Diese gewachsene Medienkompetenz bereichert auch den demokratischen Prozess. Wir sind auf dem Weg – mit Hilfe alter und neuer Medienangebote – endlich das zu schaffen, was die Demokratie dringend nötig hat: Die Entwicklung der Vision einer BürgerInnendemokratie.

Aber es gibt Defizite. Und wie immer in der Politik, ist das natürlich das Feld, auf dem wir gefordert sind. Es nehmen nämlich nicht alle BürgerInnen gleichermaßen und mit den gleichen Fähigkeiten an dieser BürgerInnendemokratie teil. Entscheidend ist, dass Kindern und Jugendlichen Medienkompetenz von klein auf vermittelt wird, das fängt bei der Kita an und hört beim positiven Beispiel der Eltern nicht auf. Nicht nur Kinder müssen den Aus-Knopf kennen, auch die Erwachsenen müssen ihn betätigen können. Von der Medienkompetenzvermittlung in der Kita stand in der Anfrage allerdings nichts. Dort gibt es offensichtlich noch Nachholbedarf.

Auch die Angebote an Eltern dürfen sich nicht allein auf Vorträge bei Elternabenden beschränken, wie das medienpädagogische Landeskonzept es anführt. Hier muss es ein offensiveres Angebot geben. Schließlich darf es nicht nur um die Kompetenzvermittlung von Medienkompetenz an die jüngeren Menschen gehen. Auch wir älteren, die so genannten „digital immigrants“ müssen sich manchmal ganz schön anstrengen, um mit den so genannten „digital natives“ Schritt zu halten. Um nur ein Beispiel zu nennen: Bereits heute geben zum Beispiel 20 Prozent der SchülerInnen an, Opfer von Cybermobbing geworden zu sein, 80 Prozent wissen mit dem Begriff etwas anzufangen. Ob der Anteil bei den Eltern und den Politikern ebenso hoch ist? Das darf bezweifelt werden.

In den Schulen ist die Situation noch unbefriedigend. Es ist richtig: Wir müssen nicht auf jede neue Herausforderung gleich mit einem neuen Schulfach antworten. Andererseits macht es sich das Kultusressort zu einfach, wenn es auf die zahlreichen Schnittstellen verweist, an denen Medienkompetenz in bestehende Fächer integriert werden kann. Meine Gespräche mit SchülerInnen haben gezeigt: Davon kommt an der Basis sehr oft wenig bis überhaupt nichts an. Das ist also durchaus eine Baustelle für kluge und vorausschauende Bildungspolitikern. Wenn wir in Schulen und Kitas nicht ansetzen, wird der Abstand zwischen denen, die es können und denen, welche die Medien nicht gut für ihre eigenen Zwecke einsetzen, immer größer. Es ist Aufgabe der Politik dies zu verhindern.
